

AUVA: Gesundheit statt Profite!

Die mögliche Auflösung der AUVA zeigt, was hinter dem „neuen Stil“ von Schwarz-Blau wirklich steckt: ein Kaputtsparen des Sozialstaats zugunsten der Profite großer Unternehmen. Dagegen helfen keine Verhandlungen, sondern nur breiter und kämpferischer Widerstand.

Wenn diese Regierung von „Entbürokratisierung“ und „Einsparungen in der Verwaltung“ spricht, heißt es: warm anziehen! Hinter diesen Phrasen verstecken sich in Wirklichkeit massive Angriffe auf die staatlichen Versorgungssysteme. Auch beim Umbau der Sozialversicherungen soll angeblich nur bei der Verwaltung gespart werden. Nur: der Verwaltungsaufwand macht einen verschwindend geringen Anteil der Gesamtkosten aus.

Ähnlich sieht es bei der AUVA aus. Die Kosten der Verwaltung belaufen sich auf 6,5% des Gesamtbudgets (90 Mio. € jährlich). Eingespart werden sollen allerdings 500 Mio. € jährlich, also rund 40%. Die Regierung beteuert zwar, dass es eine Standortgarantie gibt und Leistungen nicht reduziert werden sollen. Dass sich das nicht ausgehen kann, kann jedoch jedes Schulkind ausrechnen.

Große Firmen profitieren

Die Angriffe auf die AUVA stehen auf der Wunschliste der großen Geldgeber von Schwarz-Blau ganz oben. Denn finanziert wird sie aus Abgaben der Unternehmen in der Höhe von 1,3% der Bruttolöhne und -gehälter. Das sind pro MitarbeiterIn durchschnittlich 26 €/Monat. Nun sollen nur mehr 0,8% gezahlt werden. Damit würde sich etwa der ÖVP-nahe Raiffeisen Verband jährlich 3,73 Mio. € sparen. Bei der Uniqua Versicherung, dessen Ex-Chef Löger jetzt Finanzminister ist, wären es 780.000 €. Und KTM, deren Chef Pierer im Wahlkampf 440.000 € an Kurz gespendet hat, würde 480.000 € gewinnen. Jährlich! Ebenso hoffen die großen Versicherungen darauf, im Zuge der geschaffenen Verunsicherung und der Reduktion von Leistungen, mehr profitable Privatversicherungen verkaufen zu können.



Wer übernimmt Versorgung?

Jedes Jahr werden von der AUVA 370.000 Behandlungen durchgeführt, der Großteil davon sind Freizeitunfälle. In Wien wird die Hälfte der Unfallopfer in AUVA-Spitälern versorgt. Die AUVA zahlt auch Unfallrenten aus und übernimmt Rehabilitation und Prävention. Die Anzahl von Arbeitsunfällen konnte so seit 1990 halbiert werden.

Eine Auflösung oder Leistungsreduktion bei der AUVA hätten weitreichende Folgen. Der Regierung fehlt jedoch jegliches Konzept dazu, wer diese PatientInnen in Zukunft versorgen soll. Daher ist mit einer massiven Verschlechterung in der Versorgung und einem Überfrachten der Gemeinde- und Landesspitäler mit PatientInnen zu rechnen. Das würde auch für den übrigen Krankenhäusern eine riesige Mehrbelastung verursachen. Wenn die Regierung nun aus dem Gesamtbudget etwas zuschießt, um diesen Mehraufwand abzufangen, würde das darauf hinaus laufen, dass den großen Unternehmen Steuern erlassen werden und unser Steuergeld die entstandenen Lücken schließen soll.

Breiter Widerstand nötig

Bei den geplanten Angriffen auf die AUVA geht es also um wesentlich mehr als nur die Unfallversicherung. Es geht um einen Angriff auf die gesamte Gesundheitsversorgung in Österreich – und darum die Rekordprofite der Unternehmen auf unsere Kosten aufzufetten. Klar ist, dass es beim Umbau des Sozialversicherungssystems genau in die gleiche Richtung gehen wird.

Verhindern wird man das alles nicht können, indem man in Verhandlungen versucht, die Angriffe ein Stück weit abzumildern. Die bisherigen Protestmaßnahmen, die es in und um die AUVA gegeben hat, sind ein erster wichtiger Schritt. Jetzt muss es darum gehen vor einem Streik auch tatsächlich nicht zurückzuschrecken und andere Beschäftigte im Gesundheitsbereich mit an Bord zu holen. Die Angriffe und Kürzungen bei Sozialversicherungen und anderen Krankenhäusern werden nicht lange auf sich warten lassen. Statt abzuwarten bis es dort so weit ist, sollten wir uns jetzt vernetzen und beginnen Proteste vorzubereiten.

Wien-Kliniken

Der KAV bekommt also einen neuen Namen und soll ab 1.1.2019, gleichzeitig mit der Ausgliederung, in Wien Kliniken umbenannt werden. Wozu diese Umbenennung gut ist, wurde nicht kommuniziert, aber bestimmt wurden „Marketingexperten“ dafür wieder zehntausende Euro zugeschoben und entstehen durch die Umstellung des gesamten Außenauftritts wieder Unmengen an Kosten. Geht es dabei vielleicht darum, von Problemen und Einsparungen abzulenken? Als ob man bei einem sanierungsbedürftigen Haus lieber nur eine neue Fassade macht.

Auslagerungen

Aus Stadtregierungskreisen kommt immer wieder die Beteuerung, dass die Krankenhäuser nicht privatisiert werden sollen. Wenn wir im Krankenhaus die Augen auf machen, sehen wir aber MitarbeiterInnen von unzähligen Firmen, deren Bosse sich durch unsere Sozialversicherungsbeiträge eine goldene Nase verdienen. Schon vor langem hat die Auslagerung der Reinigung begonnen. Dazu kommen AbteilingshelferInnen, Krankenträger, Küche, Wäsche und Zentralsterilisationen. Auch vor IT und Sekretariat macht die Vergabe an Privatunternehmen nicht halt. Das AKH wird überhaupt von der VAMED betrieben – die sich nicht nur bei Privatisierungen in Osteuropa, Afrika und Asien einkauft, sondern auch an der Berliner Charité die ausgelagerte Facility-Tochter mit betrieben hat. Lassen wir uns also nicht für dumm verkaufen: Entgegen allen Beteuerungen werden profitorientierte Firmen mit allem was nicht niert und nagelfest ist bedient.

Frauenbergers Rücktritt

Gesundheitsstadträtin Frauenberger hat erklärt, dass sie nach der Übergabe des Bürgermeisteramts an Michael Ludwig nicht mehr Teil der Stadtregierung sein wird. Sie lässt den KAV konzeptlos zurück. Die Wechsel an der Spitze des KAV und in der politischen Zuständigkeit häu-

Widerstand gegen Sozialabbau in Zürich Film und Diskussion

Im Kanton Zürich gab es 2016 eine Bewegung gegen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich. Ein 50 minütiger Film dokumentiert die Bewegung und lässt Beteiligte zu Wort kommen. Präsentiert wird der Film von AktivistInnen aus Zürich, die gemeinsam mit Aktiven aus dem österreichischen Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen über Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten von Protest diskutieren werden.

**Gudrunstraße 135 - Club der Freunde des ÖHTB
Montag, 7. Mai 19:00 - 21:30**

fen sich, selten kommt jemand besseres nach. Um unsere Situation zu verbessern, dürfen wir nicht auf PolitikerInnen und ManagerInnen hoffen, sondern müssen die Dinge selbst in unsere Hände nehmen.

Esoterik

Alle Boulevardmedien haben es aufgegriffen. Im Krankenhaus Nord wurden fast 100.000 Euro für einen Energetiker bezahlt, damit er einen Energiering um das Gebäude zieht. Auch in anderen Krankenhäusern und den Bürogebäuden des KAV dürfte öffentliches Geld für Esoterik ausgegeben werden. Wenn jemand an so etwas glaubt, soll er oder sie das auf eigene Kosten im privaten Bereich umsetzen, aber kein Cent von öffentlichen Geldern darf dafür ausgegeben werden.

Gewerkschaft vermisst

Was wurde eigentlich aus der Gewerkschaft? Hat sie jemand gesehen? Sollen wir eine Vermisstenanzeige abgeben? Das Mitgliedermagazin „Für Dich“ ist bis Ende April noch nicht online. Die letzte Aktion war die kritiklose Zustimmung zur neuen Besoldungsreform, die uns das Prinzip Teile und Herrsche in Reinkultur bringt. erinnert sich noch jemand an die geplante „Gehaltsverhandlung Run-

de Zwei“ durch die der mitverantwortliche Bereich abgegolten werden sollte? Scheinbar kein Thema mehr. Nach den Demonstrationen und Flashmobs 2015 und 2016, die der Klartext mitorganisiert hat, hat sich die Gewerkschaft zum Handeln gezwungen gefühlt. Leider haben sie uns erklärt, dass während Verhandlungen nicht gekämpft und demonstriert werden darf – und somit die Dynamik gebrochen und so viel Zeit vergehen lassen. Auf der Demonstration am Tag der Pflege (12. Mai) im Vorjahr wurde beteuert, dass das erst der Anfang sei. Wenig überraschend ist darauf nichts gefolgt.

Streiks in Frankreich

In Frankreich kämpfen öffentlich Bedienstete, EisenbahnerInnen und Studierende gegen Kürzungen und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen. Immer öfter werden die verschiedenen Bewegungen zusammen geführt. Millionen Menschen sind an Streiks beteiligt und gehen auf die Straßen. Diese Sprache versteht auch der neoliberale Präsident Macron, der nach seinem Erfolg bei den letzten Wahlen mittlerweile zugeben muss, dass die Menschen wütend auf ihn sind. Wir wünschen den KollegInnen alles Gute, damit sie Macron eine Ohrfeige verpassen und seine Verschlechterungen zurück schlagen.

Was ist der Klartext?

Der KLARTEXT wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO) und von Kolleginnen und Kollegen im KAV herausgegeben. Das Flugblatt soll Sprachrohr der Beschäftigten sein und der Information und Vernetzung dienen.

fb.com/klartextkav

Wir sind erreichbar unter klartext@sozialismus.net